



**Yvonne Feri**  
Ihre Stimme für Kinder  
und Gesundheit

Nationalrat

Conseil national

Consiglio nazionale

Cussegl naziunal



Bern, 18. Dezember 2020

**Bericht aus der Session – Nummer 37**  
**Rückblick auf die Wintersession**

Geschätzte Damen und Herren,  
Liebe Kolleginnen und Kollegen

Worauf freuen Sie sich, wenn Sie an Weihnachten und Neujahr denken?

Für mich sind es die liebevoll dekorierten Häuser, das Zusammensein im Freundes- und Familienkreis, der Duft nach Guetzli, Weihnachtsgeschenke, Kerzen, Ferien und Reisen, die den Zauber der Festtage ausmachen. Dieses Jahr werden Weihnachten und Neujahr jedoch anders sein, einiges werden wir vermissen, anderes nicht.

Feiern müssen wir im kleinen Kreis, ohne Verwandte und Bekannte aus nah und fern. Weihnachtslieder wie «Oh Tannenbaum» und «Stille Nacht» werden dieses Jahr seltener angestimmt, da der Bundesrat das Singen verboten hat. Weihnachtsapéros im beruflichen Umfeld werden dieses Jahr virtuell stattfinden, fürs Zubereiten des Glühweins ist jede und jeder selbst verantwortlich. Und Reisen sind nur beschränkt möglich. Die Gefahr von Einsamkeit ist diese Weihnachten besonders gross. Wir alle sind deshalb aufgerufen, einmal mehr zum Telefon zu greifen, damit sich über die Festtage möglichst wenig Menschen allein gelassen fühlen.

Nutzen wir die besinnliche Zeit, um an die Menschen zu denken, die von der Pandemie besonders hart getroffen wurden. Die Krise verschärft die Armutssituation in der Schweiz und auf der ganzen Welt. Zum Glück gibt es Organisationen, die sich für armutbetroffene Menschen einsetzen. Mit Spenden können wir diese Organisationen in ihrem wichtigen Engagement unterstützen. Politisch werde ich mich weiter mit Vehemenz dafür einsetzen, dass Menschen in schwierigen finanziellen Verhältnissen nicht im Regen stehen gelassen werden.

Mein grösster Neujahrwunsch ist, dass die Corona-Pandemie rasch vorbei ist. Eine wirksame und sichere Impfung könnte dazu beitragen, dass dieser Wunsch in Erfüllung geht. Ich bin jedoch froh, dass die Schweiz keine Notfallgenehmigungen für Impfstoffe wie beispielsweise Grossbritannien kennt, sondern die Zulassung des Covid-19-Impfstoffs lediglich durch das sogenannte rollende



Verfahren mit erhöhtem Personaleinsatz beschleunigt. Trotz Krise darf eine Impfung erst freigegeben werden, wenn alle relevanten Daten zur Sicherheit, Wirksamkeit und Qualität sorgfältig geprüft worden sind.

Ich wünsche Ihnen frohe Festtage und einen guten Rutsch ins neue Jahr. Bleiben Sie gesund!

Herzlichst Ihre

Yvonne Feri  
Nationalrätin SP/AG  
Präsidentin Stiftung Kinderschutz Schweiz



18.12.2020

Aus dem Nationalrat

Bericht aus der Session

Nummer 37

Rückblick auf die  
Wintersession...

**Geschäftsmieten:** Betreiber von Restaurants, Läden und weiteren öffentlich zugänglichen Betrieben, die im Frühling wegen der Corona-Pandemie schliessen mussten oder eingeschränkt waren, erhalten keinen Teilerlass des Mietzinses. Das Parlament hat das [Geschäftsmietegesetz](#) versenkt. Der Entscheid im Nationalrat fiel mit 100 zu 87 Stimmen bei 7 Enthaltungen. Der Ständerat lehnte die Vorlage mit 30 zu 14 Stimmen ab. Durchgesetzt hat sich eine Allianz aus SVP-, FDP-, der Mehrheit der Mitte-Fraktion und einigen GLP-Vertreterinnen und -Vertretern.

*Kommentar: Welch ein Trauerspiel! Im Frühling bestellten beide Räte mit Motionen ein Geschäftsmietegesetz, vgl. [Motion 20.3451](#) und [Motion 20.3460](#). Nun wurde die Vorlage versenkt. Die finanziellen Verluste sollen über die Härtefallhilfen - also mit Steuergeldern - abgefedert werden, die Vermieter müssen sich nicht beteiligen.*

**Staatsbudget:** National und Ständerat haben sich in der letzten Sessionswoche geeinigt - das Bundesbudget 2021 ist unter Dach und Fach. Für 2021 ist ein Minus von 6,1 Milliarden Franken budgetiert. Die Ausgaben belaufen sich auf 82 Milliarden Franken, davon sind 6,6 Milliarden für Covid-Kredite reserviert. Von grösseren Aufstockungen bei einzelnen Budgetposten hat der Rat abgesehen. Einzig für die Stärkung der Kinderrechte will der Nationalrat etwas mehr Geld in die Hand nehmen als der Bundesrat. Der Nationalrat verteidigte die Budgeterhöhung für Kinderrechte auf 2 Millionen gegenüber dem Ständerat.

*Kommentar: In der Debatte habe ich mich für die Finanzierung von Kinderschutzzaktivitäten stark gemacht und dazu zwei Fragen gestellt: [Frage zur Verantwortung bei der Umsetzung der UNO-Kinderrechte](#) und [zweite Frage zur Finanzierung des Kinderschutzes](#).*

**Kriegsmaterial:** Der Nationalrat hat einen Vorstoss der SP angenommen, der den Stopp von sämtlichen Kriegsmaterialexporten an die Kriegsallianz im Jemen verlangt. Wirtschaftsminister Guy Parmelin wies vergeblich auf die vergleichsweise restriktive Bewilligungspraxis des Bundes hin. Die Motion geht noch in den Ständerat. Die Länder um das saudische Regime würden die strengen Bewilligungsvoraussetzungen in der Kriegsmaterialverordnung in keiner Weise erfüllen, sagte Motionärin Priska Seiler Graf (SP/ZH). Der Bundesrat habe jedoch ziemlich systematisch, gestützt auf früher erteilte Bewilligungen, immer wieder Munitions- und Ersatzteillieferungen zugelassen. Das damit verbundene aussenpolitische Signal sei unerträglich.

*Kommentar: Trotz zweimaligen Abstimmens – Rückkommensantrag der SVP, da es sehr knapp war - wurde der Vorstoss angenommen. Wir freuen uns sehr darüber!*

**Homeoffice:** Nationalratsmitglieder, die sich zu Hause in Corona-Isolation oder -Quarantäne befinden, können ab der nächsten Woche in Anwesenheit abstimmen. Das Parlament hat die rechtliche Grundlage dafür geschaffen und nun auch der Dringlichkeitsklausel zugestimmt. Die Vorlage



wurde in der Schlussabstimmung mit 124 zu 64 Stimmen bei 4 Enthaltungen im Nationalrat und mit 25 zu 7 Stimmen bei 5 Enthaltungen im Ständerat verabschiedet. Damit können die Bestimmungen unmittelbar in Kraft treten. Ab Montag der dritten Sessionswoche soll das Abstimmen von zu Hause aus möglich sein.

*Kommentar: Der Bundesrat empfiehlt der Bevölkerung dringend Homeoffice, leider handelt es sich um keine Verpflichtung. Mit dem Arbeiten zu Hause können gemäss Bundesrat grössere Menschenansammlungen vor allem zu Stosszeiten vermieden und enge Kontakte am Arbeitsplatz reduziert werden. Zudem werde das Risiko vermindert, dass bei einem Covid-19-Fall ganze Arbeitsteams in Quarantäne müssen. Während der Session kommen im Bundeshaus sehr viele Menschen zusammen. Insbesondere zum Schutz von Risikogruppen ist die Homeoffice-Möglichkeit für Parlamentsmitglieder dringend nötig!*

**Cannabis:** Wer auf Cannabisarzneimittel angewiesen ist, soll diese einfacher von der Ärztin oder dem Arzt beziehen können.

Der Nationalrat ist als Erstrat dem Vorschlag des Bundesrats gefolgt und hat die entsprechende Änderung des Betäubungsmittelgesetzes mit 143 zu 33 Stimmen bei 15 Enthaltungen gutgeheissen. Ärztinnen und Ärzte sollen neu Cannabisarzneimittel direkt auf Rezept verschreiben können. Heute müssen sie vor einer Verschreibung eine Ausnahmegewilligung beim Bundesamt für Gesundheit (BAG)

## Die grössten Ereignisse, das sind nicht unsere lautesten, sondern unsere stillsten Stunden.

### Friedrich Nietzsche

einholen.

*Kommentar: Cannabis verbessert die Lebensqualität u.a. von Menschen mit Multipler Sklerose, chronischen Schmerzen und Rheuma, da es zuverlässig wirkt und wenig Nebenwirkungen hat. Ich hoffe fest, dass sich auch der Ständerat für den vereinfachten Zugang zu Cannabisarzneimittel ausspricht!*

**Gewalt in der Erziehung:** Der Nationalrat will Kinder vor Gewalt schützen, die ihre Eltern oder Erziehungsberechtigte auf sie ausüben, zumindest fordert er vom Bundesrat, zu prüfen, ob der Schutz vor erzieherischer Gewalt im Zivilgesetzbuch festgehalten werden sollen. Er soll Lösungen vorschlagen. Der Nationalrat überwies dazu mit 134 zu 46 Stimmen und bei 3 Enthaltungen ein [Postulat](#) von Christine Bulliard-Marbach (CVP/FR). Körperliche Strafen in der Erziehung wirkten sich ein Leben lang aus, sagte Bulliard-Marbach. Die Schweiz sei gegenüber dem europäischen Umland im Rückstand, obwohl sie die Uno-Kinderrechtskonvention unterzeichnet habe.

*Kommentar: Endlich geht es voran mit dem Schutz vor elterlicher Gewalt! Seit Jahren setze ich mich als Präsidentin der Stiftung Kinderschutz Schweiz für ein Verbot von Körperstrafen in der Erziehung ein, vgl. u.a. [Motion 13.3156](#) und [Frage 19.5591](#).*

**Kinderschutz:** Der Nationalrat will eine gesetzliche Grundlage schaffen für qualitative Standards bei Gutachten zum Kinder- und Erwachsenenschutz (KESB). Er hat eine [Motion](#) aus der Grünliberalen Fraktion gegen den Willen des Bundesrats mit 124 zu 60 Stimmen bei einer Enthaltung angenommen. Beat Flach (GLP/AG) hatte das Anliegen damit begründet, dass die Qualität der Gutachten sehr unterschiedlich und stark von der Fachperson abhängig sei, die sie erstelle. Der Markt sei klein, es gebe nur wenige Gutachter. Der Schaden könne aber gross sein. Die Gutachten



seien immer eine zentrale Entscheidungsgrundlage für die Behörden, etwa bei Platzierungsentscheiden oder Entscheiden zur elterlichen Fürsorge.

*Kommentar: Gutachten sind für Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden zentrale Entscheidungsgrundlagen. Es muss alles dafür getan werden, dass die Qualität solcher Gutachten einwandfrei ist.*

**Betreibungen:** Der fünfjährige Eintrag ins Betreibungsregister, auch wenn die Schuld getilgt ist, kommt unter Druck. Der Nationalrat hat gegen den Willen des Bundesrates eine [Motion](#) angenommen, die die automatische Löschung aus dem Register verlangt, sobald das geschuldete Geld bezahlt ist. Die grosse Kammer hat dieser Forderung mit 109 zu 74 Stimmen bei zwei Enthaltungen zugestimmt. Die Motion geht nun an den Ständerat. Heute bleibt ein Eintrag ins Betreibungsregister noch fünf Jahre bestehen, auch wenn die Schuld 0 Franken beträgt.

*Kommentar: Es kann im Leben Phasen geben, in denen Rechnungen u.a. wegen Krankheit oder Arbeitslosigkeit einfach nicht mehr bezahlt werden können. Einträge im Betreibungsregister führen dazu, dass Betroffene keine Wohnung mehr finden oder keinen Handy-Abo-Vertrag mehr abschliessen können. Das gilt es zu ändern.*

**Menschenhandel:** Der Bund soll weitere Mittel für die Bekämpfung von Menschenhandel zur Verfügung stellen. Der Nationalrat hat eine entsprechende [Motion](#) von Marianne Streiff-Feller (EVP/BE) mit 108 zu 76 Stimmen bei zwei Enthaltungen angenommen, gegen den Willen des Bundesrates. Gerade kleine Kantone mit kleinen Polizeikorps könnten die für eine effektive Strafverfolgung notwendigen finanziellen und personellen Ressourcen für einschlägige Spezialisten bei Kantonspolizei und Staatsanwaltschaft nicht oder nicht in ausreichendem Masse selbst aufbringen, sagte Streiff-Feller.

*Kommentar: Es ist dringend nötig, dass die Schweiz ihren Kampf gegen Menschenhandel intensiviert. Ich freue mich sehr, dass der Nationalrat diese wichtige Motion angenommen hat.*

**Sexismus:** Der Bund kann **keine** breit angelegte Kampagne gegen Sexismus lancieren. Im Gegensatz zum Nationalrat hat der Ständerat eine entsprechende [Motion](#) der Grünen Nationalrätin Regula Rytz (BE) mit 21 zu 20 Stimmen abgelehnt. Damit ist das Anliegen vom Tisch. Der Nationalrat hatte die Motion Mitte Juni mit 100 zu 82 Stimmen gutgeheissen und war damit dem Bundesrat gefolgt. Dieser wollte im Rahmen seiner finanziellen Möglichkeiten und in Zusammenarbeit mit den Kantonen sowie den Akteuren aus Wirtschaft, Zivilgesellschaft, Bildung und Kultur eine solche Kampagne umsetzen. Die knappe Mehrheit war aber der Meinung, eine "fette Kampagne" sei unverhältnismässig.

*Kommentar: Der Nationalrat hatte diese wichtige Motion angenommen, der Ständerat hat sie nun mit 21 zu 20 Stimmen abgelehnt. Eine so knappe Ablehnung ist bitter, denn Sexismus ist in der Schweiz nach wie vor ein weit verbreitetes Phänomen.*

**Kindeswohl:** Der Bundesrat muss prüfen, wie Daten zu Ausprägungsformen von Gewalt an Kindern zu einer Gesamtschau zusammengeführt und systematisch ausgewertet werden können. Diesen Auftrag hat er vom Nationalrat erhalten. Dieser überwies ein Postulat von Yvonne Feri (SP/AG) mit 95 zu 89 Stimmen bei einer Enthaltung. Feri argumentierte erfolgreich, dass auf Bundesebene, in den Kantonen und bei Kinderschutzorganisationen verschiedene Daten vorhanden seien. Mit einer Zusammenführung könnten Lücken erkannt und behoben werden.

*Kommentar: Ich freue mich sehr, dass mein Postulat – zwar knapp – angenommen worden ist!*

**Gerichtswahlen:** Martha Niquille (CVP) ist neue Präsidentin des Bundesgerichts. Sie ist von der Vereinigten Bundesversammlung gewählt worden, mit 173 von 174 gültigen Stimmen und für die Amtszeit 2021/2022. 53 Stimmzettel wurden leer eingelegt. Neuer Vizepräsident des Bundesgerichts wird Yves Donzallaz (SVP). Er erhielt 160 von 161 gültigen Stimmen. Bei dieser Wahl wurden 62 Stimmzettel leer abgegeben. Eine SVP-Minderheit hatte Niquille und Donzallaz nicht



wählen wollen, weil sie deren Rolle in einer Untersuchung am Bundesstrafgericht kritisierte. Das Präsidium des Bundesverwaltungsgerichts wurde im Amt bestätigt.

*Kommentar: Höchste Zeit, dass eine Frau zur Präsidentin des Bundesgerichts gewählt wird!*

**Persönliche Vorstösse in der Wintersession:**

- [20.4448](#) Evaluation Bundesgesetz über Kindesentführung (Postulat)
- [20.4397](#) Wiedererwägungspraxis in den Sozialversicherungen (Interpellation)
- [20.4449](#) Ungleichbehandlung von Witwen und Witwer beheben (Postulat)
- [19.3119](#) Wissen zu Kindeswohlgefährdungen bündeln, damit die Unterstützungsleistung passt (Annahme des Postulats)